

Ansätze, die auf Veränderungen des bestehenden „Übergangssystems“ zielen, sind im Kontext strukturpolitischer Modelle zur Sicherung von Fachkräftebedarf zu finden, die durch die jeweiligen Bedingungen der Bundesländer geprägt sind. Dabei kann es um den Aufbau eines Gesamtsystems des Übergangs Schule – Studium – Beruf gehen, die Herstellung von Ausbildungsreife unmittelbar nach der Schule, systematische Beratung und Empfehlung, Bereitstellung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen an allen Lernorten oder um die Vermeidung und den Abbau von Doppelstrukturen. In diesem Modell findet sich eine „verbindliche Ausbildungsperspektive“. Aufbauend auf den unter **Kapitel C1** genannten Zielen der Bertelsmann-Initiative ist hier insbesondere das Land Nordrhein-Westfalen weit vorangeschritten.³²⁵

Bei anderen Aktivitäten kann es auch um die Implementierung eines transparenten Übergangsfeldes gehen, das kohärent ist und sich ebenso an individuellem wie gesellschaftlichem Bedarf orientiert. Dabei werden die Elemente Berufs- und Studienorientierung, Berufswegebegleitung, Herstellung von Ausbildungsreife mit Anschluss an abschlussorientierte Berufsausbildung und Hinführung Jugendlicher ohne Ausbildungsplatz in duale oder schulische Ausbildung oder Ausbildung bei Bildungsträgern in Kooperation mit Betrieben miteinander verbunden. Als Beispiel sei hier der Berliner Masterplan Qualifizierung genannt.³²⁶ Während in dem einen Fall also etwas Neues geschaffen werden soll, werden in anderen Fällen vorhandene Elemente verbunden und in einen kohärenten Zusammenhang gestellt.

Weitere Modelle konzentrieren sich auf die Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit³²⁷, die Entwicklung eines Gesamtkonzepts auch zur Professionalisierung von Berufsorientierung³²⁸ oder auf die Zusammenführung eines Gesamtkonzepts Berufsorientierung mit einem Konzept Übergang Schule – Beruf³²⁹.

C6 Fazit

Gerade die zuletzt dargestellten Beispiele aus den Bundesländern zeigen, dass im Bereich des Übergangs Schule – Ausbildung vieles bewegt und auf den Weg gebracht wurde. Die zu Anfang dieses Kapitels dargestellten Diskussionen und Maßnahmen der letzten Jahre und auch die zurzeit laufenden Forschungs- und Programmaktivitäten, die oben beispielhaft an den Initiativen des BIBB verdeutlicht wurden, belegen diese These nachdrücklich.

4 Punkte sind besonders hervorzuheben:

- Es hat eine **zeitliche Ausdehnung** stattgefunden. Der ursprüngliche Übergangsbereich im engeren Sinne (Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die vor der Einmündung in eine duale Ausbildung stehen) wird durch den Ausbau von Berufsorientierungsmaßnahmen zu einem Übergangsbereich im weiteren Sinne ab Ende Klasse 7 mit dem Beginn der Potenzialanalyse. Durch einen Ausbau der Berufsorientierung kann einerseits dem drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden, andererseits können Matchingprobleme an der unmittelbaren Schnittstelle Schule – Beruf beseitigt werden. In welchem Maße beide Effekte tatsächlich auftreten, muss in einer umfassenden Evaluation ermittelt werden.
- Zahlreiche Initiativen der Bundesländer verdeutlichen, dass man sich auf Landesebene um den Aufbau eines **konsistenten Übergangssystems** bemüht. Die Ansätze sind sehr vielversprechend und gehen weitgehend von einem

325 MAIS-II A 2: „Umsetzungspapier für das Spitzengespräch Ausbildungskonsens am 18.11.2011“; s. auch: Schleimer, Ingrid, MAIS: „Berufsbildung und Umbau des Übergangssystems von der Schule in den Beruf zur Sicherung des Fachkräftebedarfs – neue Ansätze in Nordrhein-Westfalen. Vortrag vom 24.5.2011 in Mainz. www.iwkoeln.de/_storage/asset/64197/storage/master/file/369834/download/47.pdf.

326 Vgl. Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin: Berliner Masterplan Qualifizierung. Ganzheitlich – Nachhaltig – Miteinander. Berlin, März 2011. http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-arbeit/besch-impulse/lernen/berliner_masterplan_qualifizierung.pdf?start&ts=1302685974&file=berliner_masterplan_qualifizierung.pdf.

327 Vgl. <http://www.olov-hessen.de/>.

328 Vgl. http://www.iris-ev.de/frame_projekt.html.

329 Vgl. Bremer Vereinbarungen für Fachkräftesicherung 2011–2013. [http://www.arbeit.bremen.de/sixcms/media.php/13/Deckblatt%20BV%20\(end\)_mit_BV_Logos_u%20_Anhang.pdf](http://www.arbeit.bremen.de/sixcms/media.php/13/Deckblatt%20BV%20(end)_mit_BV_Logos_u%20_Anhang.pdf).

Übergangsbereich im weiteren Sinne aus.

- Bei der **Gestaltung des Übergangs** muss weiterhin besonderes Augenmerk auf die **regionale Verankerung** und die **Betriebsnähe** gelegt werden. Zudem darf die **Professionalisierung des Bildungspersonals** in diesen Bereichen nicht aus den Augen verloren werden,
- Mit der **integrierten Ausbildungsberichterstattung** steht erstmals ein Instrument zur Verfügung, das für die **Anfängerzahlen im Übergangssektor** verlässliche Zahlen liefert. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Anfängerzahlen sind stark rückläufig.

In diesem Kapitel wurde jedoch noch einen Schritt weitergegangen und eine Prognose für die Zukunft skizziert: Im Übergangsbereich im engeren Sinne werden fast ausschließlich Jugendliche und junge Erwachsene ausgebildet, die über keine Hochschulzugangsberechtigung verfügen (**vgl. Kapitel C2**). Da die Zahl der nicht studienberechtigten Schulabgänger/-innen und -absolventen/-absolventinnen bereits seit Mitte des letzten Jahrzehnts abnimmt und sich diese Entwicklung bis zum Ende der 2010er-Jahre fortsetzen wird (**vgl. Kapitel C3**), ist für die kommenden Jahre mit weiterhin sinkenden Anfängerzahlen in diesem Bildungssektor zu rechnen. Die seit 2005 vorliegenden Ist-Zahlen stützen diese Annahme. Allerdings ist der Anfängerbestand im Übergangsbereich nicht allein von der Zahl nicht studienberechtigter Schulabgänger/-innen und -absolventen/-absolventinnen abhängig. Vielmehr spielt auch die Entwicklung des vollqualifizierenden Berufsausbildungsangebots eine wesentliche Rolle (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 176; Euler 2010, S. 21; Pfeiffer/Kaiser 2009, S. 35 f.; Ulrich 2008, S. 4 ff.): Bleibt dieses Angebot deutlich hinter der Nachfrage der Jugendlichen zurück, werden erfolglose Nachfrager/-innen selbst bei ausreichender „Ausbildungsreife“ in den Übergangsbereich abgedrängt (Ulrich 2011; Münk 2010; Beicht 2009).

Darüber hinaus werden 2 weitere Faktoren dafür sorgen, dass der Übergangsbereich im engeren Sinne nicht verschwinden wird. Zum einen werden auch in den nächsten Jahren sicher nicht alle Schülerinnen und Schüler, die eine duale Ausbil-

dung anstreben, die notwendige Ausbildungsreife mitbringen. Zum anderen haben Bildungsanbieter im Übergangsbereich ein breites Angebotspektrum entwickelt, das auch weiterhin bildungspolitischen und individuellen Interessen an ergänzenden und weiterführenden Bildungsgängen entgegenkommt.

(Michael Heister, Angelika Puhmann, Christoph Acker, Ursula Bylinski, Regina Dionisius, Katrin Gut-schow, Katharina Kanschat, Carolin Kunert, Nicole Lissek, Tobias Maier, Jens Peschner, Friedel Schier, Joachim Gerd Ulrich, Gisela Westhoff)